Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Michael Luther, Gunnar Uldall, Ulrich Klinkert, Hartmut Büttner (Schönebeck), Ulrich Adam, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Michael Stübgen, Günter Nooke und der Fraktion der CDU/CSU

Möglichkeiten einer Angleichung der Strompreise in Ost- und Westdeutschland

In der Koalitionsvereinbarung wurde ebenso wie in diversen öffentlichen Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung eine Angleichung der Strompreise im Osten an das Westniveau gefordert. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt spricht im Zusammenhang mit der Ökosteuer von klaren zusätzlichen Wettbewerbsnachteilen.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Von welchem Strompreisvergleich geht die Bundesregierung aus bei den
 - Tarifkunden,
 - gewerblichen Kunden,
 - Sondervertragskunden?
- 2. Wie hoch sind die Unterschiede zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Anbieter, aufgeteilt nach Regionalversorgern für
 - Tarifkunden.
 - gewerbliche Kunden,
 - Sondervertragskunden?
- 3. Wie groß ist der Unterschied zwischen dem billigsten und dem teuersten Anbieter
 - in den neuen Bundesländern.
 - in den alten Bundesländern?
- 4. Von welchem Preisunterschied Ost/West geht die Bundesregierung bei ihrer Planung aus?
- 5. Hält die Bundesregierung einheitliche Strompreise in Gesamtdeutschland für wünschenswert?
- 6. Wie will die Bundesregierung in einem liberalisierten Markt das Ziel der Preisangleichung durchsetzen?
 - Welche Instrumente stehen dafür zur Verfügung?

- 7. Bis wann soll das Ziel erreicht sein?
- 8. Um welchen Betrag steigen die Strompreise im Osten nach Einführung der Ökosteuer?
- 9. Gibt es Schätzungen über unterschiedliche Auswirkungen der Ökosteuer, zum Beispiel Streichung der Mineralölsteuer für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Ost und West?
- 10. Mit welchen künftigen Rahmenbedingungen will die Bundesregierung die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Energieversorger sichern helfen?
- 11. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung mit Blick auf das deutliche Energiepreisgefälle zu den osteuropäischen Staaten im Rahmen der EU-Osterweiterung für erforderlich?

Bonn, den 23. März 1999

Kurt-Dieter Grill
Dr. Michael Luther
Gunnar Uldall
Ulrich Klinkert
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Ulrich Adam
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Michael Stübgen
Günter Nooke
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion